

## R1 Upgrade Demokratie - auf uns kommt es an

Antragsteller\*in: Patrick Haermeyer  
Tagesordnungspunkt: 6 Resolution zum Thema Demokratie

### Antragstext

#### 1 Upgrade Demokratie - auf uns kommt es an

2  
3 In einer hochpolitischen Zeit stellen sich viele von uns die Frage wie es mit  
4 der Demokratie weitergeht. Durch die politischen Ereignisse des letzten Jahres  
5 beschäftigen sich aktuell viele Menschen wieder mehr mit Politik und unserer  
6 Demokratie. Sie sind bereit sich selbst für politische Veränderung einzusetzen,  
7 sei es in Parteien, NGOs, Vereinen oder im privaten Gespräch mit Freund\*innen  
8 und Angehörigen. Doch an vielen Stellen in unserer Demokratie kommt Frustration  
9 auf. Es ist an der Zeit sich für Veränderungen einzusetzen. Dabei kommt es  
10 insbesondere auf uns junge Menschen an - es ist unsere Zukunft, um die es geht  
11 und nur gemeinsam können wir unsere Demokratie upgraden!

12  
13 Wir wollen den politischen Diskurs intensivieren, die Demokratiebildung in  
14 Schulen und auch danach ein Leben lang stärken, wir wollen politisches und  
15 zivilgesellschaftliches Engagement fördern, die Demokratie in ganz Europa  
weiterentwickeln, Menschen besser in den politischen Prozess einbeziehen und  
grundsätzlich demokratische Prozesse überdenken.

#### 16 Kommunikation

17  
18 Politische Partizipation beginnt mit Kommunikation. Denn nur wenn politische  
19 Inhalte und Kontroversen transportiert werden und die Menschen erreichen, können  
20 diese Meinungen entwickeln, Positionen beziehen und Teilhabe leben. Politische  
21 Akteur\*innen tragen hierfür eine Verantwortung. Deshalb müssen politische  
22 Inhalte präzise, aber verständlich formuliert sein. Die Welt folgt nicht  
23 eindimensionalen Erklärungsmustern. Komplexe Inhalte müssen vermittelt werden.  
24 Die Vermittlung von politischen Inhalten darf kein Selbstzweck sein. Zum einen  
25 müssen auch die politischen Akteure den Kontakt dort suchen, wo die Menschen  
26 sind und wo diese abgeholt werden können. Zum anderen muss den Menschen der  
27 Zugang zur Politik erleichtert werden.

28  
29 Progressive Politik und ihre Kommunikation ist daher transparent gestaltet und  
30 nutzt die digitalen Möglichkeiten.

31  
Die neue Gemeindeordnung des Landes Baden-Württemberg gibt gute Ansätze. Für  
konsequente Transparenz benötigt es jedoch weitere Maßnahmen.

Wir fordern deshalb:

- 32 • alle staatlichen Ebenen müssen Akteur\*innen, die sich für eine  
33 Politisierung und Information von Menschen engagieren, empowern

- 34 • Parteien und deren Teilorganisationen müssen als wichtiger Teil zur  
35 Meinungs- und Willensbildung wahrgenommen werden und in dieser Form  
36 unterstützt werden.
  
- 37 • Strafrechtlich relevante Hate Speech muss konsequent verfolgt werden.  
38 Hierfür bedarf es eine gesonderte Ermittlungseinheit der Polizei, die auch  
39 Bundesweit gut vernetzt ist und über entsprechendes Know-How verfügt.
  
- 40 • Falschmeldungen und tendenziöse Berichterstattung sollte mit Aufklärung  
41 begegnet werden. Wir fordern, Initiativen wie z.B. Mimikama zu  
42 unterstützen und Kooperationen zwischen Strafbehörden, Betreibern von  
43 SocialMedia und diesen privaten Initiativen anzuregen, um so externe  
44 Monitorings zu schaffen.
  
- 45 • Transparenz über Algorithmen der großen Social Media Betreiber, um  
46 divergenten Diskursräumen vorzubeugen
  
- 47 • Transparenz von Verwaltungsarbeit und Darstellung von Inhalten muss  
48 verbessert werden. Öffentliche Beratungen, insbesondere in kommunalen  
49 Gremien, müssen die Regel sein.
  
- 50 • Rechtssicherheit für Streaming-Angebote von Stadt- und Gemeinderäten,  
51 sowie eine gezielte Förderung solcher Vorhaben
  
- 52 • ein echtes Informationsfreiheitsgesetz für Baden-Württemberg am Vorbild  
53 Hamburgs

## 54 **Demokratiebildung in Schulen**

55  
56 Eine stabile und gesunde Demokratie muss gepflegt und gefördert werden. Einer  
57 der wichtigsten Aspekte dabei ist die Bildung der Demokratie. Die Vermittlung  
58 demokratischer Prinzipien, Werte und Prozesse muss allen zugänglich sein. Vor  
59 allem in Schulen muss sie dringend gestärkt werden. In baden-württembergischen  
60 Schulen hat das Fach Gemeinschaftskunde einen sehr geringen Stellenwert, hier  
61 wollen wir Änderungen sehen.

Wir fordern deshalb:

- 62 • Gemeinschaftskundeunterricht in allen weiterführenden Schulen ab der 5.  
63 Klasse
  
- 64 • Gemeinschaftskunde ab der 8. Klasse als Hauptfach
  
- 65 • Wiedereingliederung des Faches Wirtschaft in den  
66 Gemeinschaftskundeunterricht
  
- 67 • Freiräume im Bildungsplan für projektorientierten  
68 Gemeinschaftskundeunterricht und dementsprechende Entlastung der  
69 Lehrer\*innen, um diese Art des Unterrichts zu ermöglichen

- 70 • Aufnahme der "Demokratiebildung" in die Leitperspektiven des Faches  
71 Gemeinschaftskunde
  
- 72 • Leitperspektiven müssen tatsächlich erstgenommen werden und auch im  
73 Schulleben ankommen
  
- 74 • bilingualen Gemeinschaftskundeunterricht - Politik, Demokratie und  
75 Wirtschaft dürfen nicht nur im Fach Gemeinschaftskunde behandelt werden,  
76 sondern auch in allen fremdsprachigen Fächern als fester Bestandteil  
77 integriert sein
  
- 78 • stärkere Vermittlung von Partizipationsmöglichkeiten, auch außerhalb der  
79 Schule
  
- 80 • Die Erhaltung und Stärkung des Philosophieunterrichts, welcher uns über  
81 die Wurzel der Demokratie lehrt. Die Wahl dieses Faches soll mittelfristig  
82 allen Schüler\*innen ermöglicht werden.

83 Da man Demokratie am Besten lernt, wenn sie selbst gelebt werden kann, muss ein  
84 Demokratisierungsprozess in unseren Schulen stattfinden. Schulen müssen hierbei  
85 ihrer Vorbildfunktion gerecht werden und demokratische Strukturen vorleben.  
86

Wir fordern deshalb für alle Schulen:

- 87 • Gremien, die Schüler\*innen die Möglichkeit geben an der Politik der Schule  
88 teilzunehmen und selbstbestimmt Ideen einzubringen. Dies soll außerdem  
89 durch Weiterbildungsangebote wie Workshops gefördert werden. Die Schulen  
90 müssen den Schüler\*innen zeigen, wie sie sich beteiligen können.
  
- 91 • Jede\*r Schüler\*in soll die Möglichkeit haben, sich in der demokratisch  
92 strukturierten Schule zu beteiligen.
  
- 93 • Beteiligung darf nicht durch schlechte Noten verwehrt werden und darf auch  
94 nicht zu Nachteilen führen, sondern soll positiv honoriert werden
  
- 95 • Bestimmte Entscheidungen, die alle betreffen, sollen von der gesamten  
96 Schulgemeinschaft beschlossen werden, wobei jede\*r eine Stimme hat und  
97 alle Stimmen den selben Wert haben. Anträge für Änderungen sollen von  
98 jedem Mitglied der Schulgemeinschaft eingereicht werden können und  
99 gleichwertig betrachtet werden. Einreichung in Gruppen soll auch möglich  
100 sein.
  
- 101 • Die Gleichbehandlung und Gleichberechtigung aller Schüler\*innen muss  
102 selbstverständlich sein

### 103 **Demokratie lernen - politische Bildung ein Leben lang**

104  
105 Sieht man sich die Zahlen und Einstellungen der jungen Menschen an, wird eines  
106 in der Mehrheit klar: Wir sind jung und wir sind offen! Nur 29 Prozent der  
107 Jugendlichen fürchten sich vor Zuwanderung, aber fast die Hälfte hat Angst vor

108 Ausländerfeindlichkeit. Jugendliche sind im Schnitt offener gegenüber der  
109 Zuwanderung geworden. Junge Menschen interessieren sich wieder mehr für  
110 gesellschaftspolitische Themen. Sie wollen sich verstärkt in soziale  
111 Gestaltungsprozesse einbringen. Die Jungen wollen zupacken, umkrepeln, sich  
112 neue Horizonte erschließen und sind dabei auch bereit Risiken einzugehen. Die  
113 junge Generation kann deshalb als „Generation im Aufbruch“ bezeichnet werden  
114 (Quelle: Shell Jugendstudie 2015).

115  
116 Beim Brexit und auch bei der Wahl Donald Trumps waren es in der Mehrheit ältere  
117 Menschen, die gegen die EU und gegen eine plurale Demokratie gestimmt haben. Wir  
118 wollen Junge nicht gegen Alte ausspielen. Wir glauben aber, dass die Bildung zu  
119 freiheitlich-demokratischen Individuen nicht nur in der Schule passieren sollte.  
120 Ab einem Alter von 18 Jahren besteht keine Schulpflicht mehr. Die  
121 Demokratiebildung darf nicht nach der Schule aufhören und muss durch Projekte,  
Aktionen und Bildungsangebote ein Leben lang weitergehen.

Wir fordern deshalb:

122 • Bildungsangebote, wie sie beispielsweise durch die Bundes- und  
123 Landeszentralen für politische Bildung angeboten werden, müssen ausgebaut  
124 und besser gefördert werden

125 • Einführung von „Demokratieschulen“ für Menschen, die durch wiederholte  
126 Hassrede im Internet auffallen. Mit Bußgeldern ist es nicht getan. Wir  
127 wollen, dass Menschen, die mehrfach durch rassistische, antisemitische,  
128 homo- oder transphobe Beleidigungen aufgefallen sind, zu  
129 Biografiegesprächen mit Betroffenen verpflichtet werden

130 • Maßnahmen für Menschen, die durch antidemokratische Verhaltensweisen  
131 auffallen

132 • Werbemaßnahmen für interkulturelle Trainings im klassischen Vereinsgefüge.  
133 Sport- und Musikvereine sind in fast jeder Kommune vertreten. Wir sehen  
134 dort großes Potenzial, um Programme zu entwickeln, die Gemeinsamkeiten von  
135 verschiedenen gesellschaftlichen Milieus in den Vordergrund stellen.

### 136 **Vom Sportverein über die Freiwillige Feuerwehr bis zur Partei -** 137 **Zivilgesellschaft und Mitgestaltung unterstützen und fördern**

138  
139 Rund 45% der Menschen in Deutschland engagieren sich ehrenamtlich, in Baden-  
140 Württemberg sind es sogar knapp 50%. Dieses freiwillige und bestenfalls  
141 symbolisch bezahlte Engagement bereichert die Gesellschaft und ermöglicht das  
142 reibungslose Funktionieren vieler grundlegender Dienste – beispielsweise im  
143 karitativen Bereich und im Katastrophenschutz. Wir wollen dieses Engagement  
144 stärken, fördern und vor allem weitere Menschen fürs Ehrenamt begeistern, denn  
145 viele der Engagierten haben mehrere Ehrenämter inne, während andere noch gar  
146 nicht aktiv sind. Ein Warnsignal ist auch, dass die Anzahl der Menschen, die  
147 bereit sind, sich jahrelang oder teilweise gar lebenslang ehrenamtlich zu  
148 engagieren, zwar immer noch hoch, aber stetig am Sinken ist. Immer mehr Vereine  
149 tun sich schwer daran, leitende Positionen zu besetzen. Darauf müssen Antworten  
150 gefunden werden.

151  
152 Das Ehrenamt bekommt gerade in Zeiten, in denen die Integrationskraft der

153 Gesellschaft gefragt ist, eine zusätzliche wichtige Funktion. Denn gemeinsames  
154 Engagement bringt Menschen zusammen und hilft Schranken zu überwinden und das  
155 Gefühl zu vermitteln, willkommen und gut aufgehoben zu sein.

156

157 Ehrenamt braucht Hauptamt. Gerade kleinere Vereine dürfen nicht durch die  
158 Überfülle täglicher Verwaltungsaufgaben überfordert sein. Längst nicht alle  
159 haben die notwendige Zeit, sich ehrenamtlich zu engagieren, weil sie mit der  
160 Erwerbsarbeit überlastet sind. Hier ist Hilfe gefordert, um das Engagement  
161 weiterhin zu ermöglichen.

162

Je früher ehrenamtliches Engagement ausgeübt wird, desto selbstverständlicher wird es zum Teil des Lebens. Daher muss dieses Engagement über Kooperationen mit Vereinen noch stärker im Schulalltag mitgedacht und mitgeplant werden.

Wir fordern deshalb:

- 163 • Fördermittel des Landes, die die Kommunen einsetzen sollen, um kleineren  
164 gemeinnützigen Vereinen eine Professionalisierung der Verwaltungsaufgaben  
165 zu ermöglichen
- 166 • Ehrenamtsbüros und Ehrenamtsbeauftragte vor Ort in den Kommunen, die  
167 Beratung und Unterstützung für ehrenamtlich Engagierte sicherstellen und  
168 zur Hälfte von Land und Kommune finanziert werden.
- 169 • öffentlich-rechtliche Haftpflicht- und Unfallversicherungsangebote für die  
170 Zeit der Ausübung von Ehrenämtern
- 171 • Berücksichtigung überdurchschnittlichen ehrenamtlichen Engagements, auch  
172 außerhalb der Hochschule, für die Einhaltung der Regelstudienzeit
- 173 • Konzepte, um das ehrenamtliche Engagement an der Schule und in der  
174 Schulzeit zu fördern, gerade im Rahmen der Ganztagschule
- 175 • Freistellungsmöglichkeiten für ehrenamtliches Engagement während der  
176 Schul-, Ausbildungs- und Studienzeit
- 177 • eine unbezahlte Freistellungsmöglichkeit für ehrenamtliches Engagement im  
178 öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg
- 179 • eine Stärkung der Bildungszeit, um Fortbildungen fürs Ehrenamt zu  
180 ermöglichen und zu erleichtern
- 181 • eine Weiterentwicklung des Engagementnachweises, beispielsweise in Form  
182 einer Ehrenamtskarte, mit dem Engagierte vergünstigten Eintritt in Kultur-  
183 und Freizeiteinrichtungen erhalten

184 **Nur gemeinsam sind wir stark, Demokratie grenzenlos denken!**

185

186 Wir leben heute nicht mehr in einer isolierten Welt, sondern in einer  
187 verknüpften und globalisierten. Und das ist auch gut so. Wir fordern eine Welt

188 ohne Grenzen und wir leben sie aktiv. Deshalb betrifft es auch uns direkt, wenn  
189 in den USA ein Trump gewählt wird oder Erdogan die demokratische Struktur der  
190 Türkei gefährdet. Staaten, die einst Vorbilder für Demokratie waren, werden  
191 umgestaltet. Solidarität mit kämpfenden Demokrat\*innen auf der ganzen Welt muss  
192 unsere Antwort sein. Eine gesunde Demokratie und unser Streben dafür hört nicht  
193 an den Grenzen Baden-Württembergs auf!

Wir fordern deshalb:

- 194 • Einen konsequenten demokratischen Ausbau der EU: Die Europäische  
195 Kommission und ihr\*e Präsident\*in sollen als die "Regierung" der EU,  
196 direkt gewählt werden und der Einfluss der nationalen  
197 Mitgliedsstaatsregierungen somit weniger werden. Weiterhin sollte der  
198 Ausschuss der Regionen ausgebaut werden um den föderalen Charakter der EU  
199 zu wahren und den Regionen eine stärkere Stimme zu geben. Nur die  
200 Perspektive auf einen demokratischen, progressiven EU-Föderalstaat ist  
201 eine gute Zukunftsvision für die EU.
  
- 202 • Banden bilden gegen Rechtspopulist\*innen: Die Muster sind gleich. Rechte  
203 Gruppierungen vernetzen sich schon längst über die Grenzen hinweg in  
204 Europa. Jetzt müssen sich auch die offenen Gesellschaften Europas  
205 vernetzen. Dafür müssen Städtepartnerschaften und andere  
206 Austauschmöglichkeiten zwischen den EU-Staaten gestärkt werden, die  
207 Menschen in der Mitte der Gesellschaft einander näher bringt.
  
- 208 • Brexit? Nein danke! Wir fordern, dass Baden-Württemberg sich gegen  
209 Sonderkonditionen für das Vereinte Königreich beim Austritt aus der EU  
210 einsetzt. Der Brexit muss ein abschreckendes Einzelphänomen bleiben und  
211 darf nicht zur Nachahmung anregen.
  
- 212 • Ein Willkommen an Schottland: Gleichzeitig soll sich Baden-Württemberg  
213 stärker um eine Kooperation mit Schottland auf der Ebene der  
214 Länderparlamente und der Landesregierungen bemühen, um sich für einen  
215 Verbleib Schottlands in der EU stark zu machen.
  
- 216 • Austausch vor Abschottung: Wir fordern einen Fortbestand des Erasmus-  
217 Austauschprogrammes auch mit dem Vereinten Königreich. Sollte dies  
218 gefährdet sein, so muss das Land Baden-Württemberg in Kooperation mit  
219 seinen Hochschulen enge Partnerschaften mit britischen Universitäten  
220 suchen.
  
- 221 • Demokratieabbau stoppen: In Solidarität mit Demokrat\*innen z.B. in Ungarn  
222 und Polen fordern wir, dass die EU konsequent Sanktionen gegen eine  
223 Entdemokratisierung ihrer Mitgliedsstaaten verhängt. Das Fortbestehen  
224 einer Mitgliedschaft in der EU muss an eine freiheitlich demokratische  
225 Grundordnung geknüpft sein.
  
- 226 • Breitere europäische Austausche und Vernetzungen fördern. Nicht nur  
227 Studierende und Schüler\*innen sollen die Möglichkeit haben, Europa zu  
228 erleben und Austausche zu machen, sondern Menschen in allen Lebenslagen  
229 und in allen Berufsgruppen. Das Land soll daher verstärkt Austausche für  
230 Menschen im Arbeitsleben fördern und ermöglichen.

- 231 • kostenloses Interrailticket für alle zum 18. Geburtstag
- 232 • Gemeinsamer Kampf der Korruption in Europa: Vereint und nach europäischen  
233 Standards Beamt\*innen ausbilden. Die bestehenden Austauschmöglichkeiten  
234 sollen auch hier intensiviert werden.
- 235 • Die Festung Europa ist nicht demokratisch: Das Land sollte sich weiter  
236 freiwillig zu festen Aufnahmekontingenten verpflichten und sich im  
237 Bundesrat für ein Einwanderungsgesetz stark machen, das es Menschen auch  
238 ohne Asylgrund möglich macht, an unserer Gesellschaft und unserem Staat  
239 teilzuhaben.
- 240 Baden-Württemberg muss Verantwortung in der Welt übernehmen. Nur so ist ein  
241 internationales Streben nach Demokratie konsequent.
- 242 • Verantwortung in der Entwicklungszusammenarbeit: Zusammenarbeit mit  
243 Burundi darf nicht beim Kaffee halt machen und soll weiter ausgebaut  
244 werden.
- 245 • Die Landesregierung muss sich auch jetzt noch klar gegen TTIP und CETA  
246 stellen. Diese undemokratischen Abkommen sind ein Schritt nach hinten,  
247 nicht nach vorne und schwächen alle Länder außerhalb der transatlantischen  
248 Partnerschaft. Global gerechte Visionen statt baden-württembergischer  
249 Selbstgerechtigkeit!
- 250 • Junge Demokratien nicht im Stich lassen: Die Landesregierung soll mehr  
251 Projekte fördern, die die Demokratie in Ländern in denen diese gerade  
252 entsteht oder gefährdet ist stärken. So sollten verstärkt Kooperationen  
253 eingegangen werden, die z.B. die junge tunesische und andere  
254 nordafrikanische Generationen an Demokrat\*innen fördert.
- 255 • Das Land soll Demokratiestudienstipendien ermöglichen, bei denen Menschen  
256 aus anderen Ländern die für eine Demokratie wichtigen Strukturen studieren  
257 können, z.B. durch Praktika in der Verwaltung, Patenschaften durch  
258 Parteien & Jugendorganisationen oder Kurzpraktika in Vereinen

## 259 **Beteiligung mit System**

260  
261 In der vergangenen Legislaturperiode hat die Grün-Rote Landesregierung viel für  
262 die Beteiligung von Jugendlichen getan: Sie hat das Wahlalter bei Kommunalwahlen  
263 auf 16 Jahre gesenkt, Jugendgemeinderäte deutlich gestärkt und mit Antragsrecht  
264 für die Gemeinderäte ausgestattet. In genau diese Richtung muss nun auch die  
265 Grün-Schwarze Landesregierung weiterarbeiten, denn Jugendbeteiligung darf sich  
266 nicht auf die kommunale Ebene beschränken! Auch auf Landesebene werden  
267 Entscheidungen getroffen, die Jugendliche im Land direkt betreffen.  
268  
269 Den Jugendlandtag und den Kindergipfel betrachten wir als gute Initiativen, um  
270 Kindern und Jugendlichen die Landespolitik näher zu bringen und sie zu  
271 beteiligen. Die Schaffung von Sondergremien und Sonderregeln für Jugendliche  
272 löst jedoch nicht das Problem, dass junge Menschen – und damit ihre Meinung - in  
273 der Landespolitik massiv unterrepräsentiert sind. Das Durchschnittsalter im

274 Landtag von Baden-Württemberg beträgt über 53 Jahre. Da ist noch viel zu tun.  
275 Der erste und wichtigste Schritt zu einem Landtag, der wirklich die Gesellschaft  
276 widerspiegelt, ist die Einführung eines Listenwahlrechts.

Wir fordern deshalb:

276 • aktives und passives Wahlrecht bei der Landtagswahl für alle Menschen, die  
277 seit mindestens 3 Monaten ihren Erstwohnsitz in Baden-Württemberg haben  
278 und mindestens 16 Jahre alt sind

279 • Umsetzung des Koalitionsvertrags und somit schnellstmögliche Einführung  
280 eines Listenwahlrechts für die Landtagswahl

281 • das Recht sich an Volksabstimmungen, Volksbegehren und Volksanträgen zu  
282 beteiligen für alle Menschen, die ihren Hauptwohnsitz in Baden-Württemberg  
283 haben

284 • Antragsrecht für den Jugendlandtag

285 • Befragung von Jugendlichen vor Entscheidungen, die Jugendliche massiv  
286 betreffen, z.B. bei Änderungen im Bildungssystem oder beim öffentlichen  
287 Personennahverkehr

288 Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass langfristig alle Menschen das Recht  
289 haben zu wählen, die seit mindestens 3 Monaten ihren Erstwohnsitz in Deutschland  
290 haben - unabhängig ihrer Nationalität oder ihres Alters.

## 291 **Upgrade Demokratie - wie gelingt uns das?**

292  
293 Gerade in einer Zeit der gesellschaftlichen Polarisierung müssen wir besonders  
294 für unsere demokratischen Grundwerte einstehen. Wir wollen uns dabei aber nicht  
295 damit begnügen den status quo zu erhalten, sondern wollen echte, positive  
296 Veränderungen unserer Demokratie erreichen. Alle Menschen müssen sich am  
297 politischen Prozess beteiligen können und von der Politik mit einbezogen werden.  
298 Demokratiebildung muss in den Schulen und darüber hinaus ein Leben lang präsent  
299 sein. Das Engagement vieler Menschen muss stärker unterstützt und gewürdigt  
300 werden. Die Politik muss transparenter und inklusiver werden. Das Upgrade der  
301 Demokratie wird außerdem nicht an Grenzen Halt machen. Wir wollen ein  
demokratischeres Europa und eine demokratischere Welt.

302 Damit uns das gelingen kann, müssen wir die aktuelle Repolitisierung nutzen, um  
303 die Menschen mit unseren Visionen für eine bessere Zukunft zu erreichen. Gerade  
304 viele junge Menschen zeigen ein gesteigertes Interesse an der Politik, das wir  
305 nutzen wollen. Für sie und gemeinsam mit ihnen werden wir für eine bessere und  
306 gerechtere Welt und eine demokratische Zukunft kämpfen. Gemeinsam wird uns das  
307 Upgrade der Demokratie gelingen!

## **Begründung**

erfolgt mündlich